Nr. 288 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 25. November 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 84 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 30.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Die Mordtaten in Irland

Wie aus London gemeldet wird, hat die englische Arbeiterpartei im Hinblick auf die Mordtaten in Dublin von ihrem Plan, eine Untersuchungskommission nach Irland zu entsenden, abgesehen. In einer öffentlichen Erklärung verurteilt die Partei aufs schärfste die Morde in Dublin und fordert, daß die Sinnfeinerführer die Erklärung abgeben, daß sie mit diesen Verbrechen nichts zu tun haben, daß aber auch die britische Regierung weitere Vergeltungsmaßregeln verhindere. Beide Parteien werden zu einem Waffenstillstand aufgefordert, um in Ruhe die irische Frage zu lösen.

Das Unterhaus nahm unter tiefstem Schweigen eine Erklärung des Unterstaatssekretärs für Irland Greenwood über die Ermordung der Offiziere in Dublin entgegen. Lloyd George erklärte anschließend, daß die Regierung fest entschlossen sei, der Verschwörung und den Mordtaten ein Ende zu bereiten.

Ueber die neueren Vorgänge in Dublin wird uns gedrahtet:

× **London, 24. November.** Die Blätter melden aus Dublin: Die Truppen besetzten die Hauptstraßen. Es fanden Straßenkämpfe statt. Auf beiden Seiten wurde eine Anzahl von Personen verwundet. Mehrere Freiwillige wurden gefangengenommen. Zwischen Dublin und Limmerick wurden zwei des Mordes an einem Polizisten angeklagte und freigesprochene Zivilisten erschossen. In der Nähe von Skibbereen wurde ein Polizist erschossen, ein andrer schwer verwundet. Bei Knappagh wurde ein Zivilist durch Militär erschossen, ebenso in Dragan.

⊙ **London, 24. November.** (Eig. Drahtbericht.) **Wie das „Journal" mitteilt, ist Dublin seit Sonntag abend von Militär umzingelt. Militärische Streifen werden dauernd vorgenommen und Militärautos durchkreuzen dauernd sämtliche Straßen. Es wird unaufhörlich geschossen. Die ganze Garnison wird alarmbereit gehalten. Reuter meldet dazu, daß der Zug- und Kraftwagenverkehr eingestellt ist, keine Zeitungen sind erschienen, auch die englischen Blätter sind nicht eingetroffen. Die Offiziere siedeln aus den Hotels in die Kasernen über.**

Reuter teilt ferner mit: Im Hinblick auf die im Unterhause herrschende Stimmung erwartet man, daß die Debatte über Irland, die ursprünglich am Mittwoch stattfinden sollte, verschoben werden wird.

Der internationale Gewerkschaftskongreß

Der internationale Gewerkschaftsbund, der augenblicklich in London tagt, hat zum Nachfolger von Appleton, der zurückgetreten ist, den bekannten englischen Eisenbahnerführer Thomas zum Vorsitzenden gewählt, der in seiner Programmrede ausführte, der Kongreß möge versuchen, die gerechte Verteilung der Rohstoffe und Stabilisierung der Währungen sicherzustellen.

Die Entente und Griechenland

Einige Pariser Morgenblätter veröffentlichen eine französische Note offenbar halbamtlichen Ursprungs, in der gesagt wird, der Ministerpräsident Leygues habe der englischen Regierung eine längere Depesche zugehen lassen, in der alle Anklagen gegen König Konstantin wiederholt werden. Die französischen Regierungskreise schienen sicher zu sein, daß England sich der französischen Regierung anschließen werde. Auf alle Fälle aber sei es wahrscheinlich, daß eine gemeinsame Kundgebung vor Donnerstag erfolgen werde. Für den Fall, daß es notwendig sein sollte, scheine die französische Regierung gewillt zu sein, die Kundgebung auch allein zu erlassen.

Den „Times" wird aus Athen berichtet, die Volksabstimmung über die Rückkehr Konstantins werde am 5. Dezember d. J. stattfinden.

Der Vertrag von Rapallo

× **Rom, 24. November.** d'Annunzio erklärte, wie die „Epoca" hört, er erkenne den Vertrag von Rapallo nicht an. Die Verhandlungen zwischen d'Annunzio und Caviglia werden indessen noch fortgesetzt.

☞ **Paris, 24. November.** (Eigener Drahtbericht.) Der Außenminister von Südslawien, Trumbitsch, hat demissioniert, da er seine Aufgabe nach Abschluß des Vertrages von Rapallo erfüllt sieht.

England und Sowjet-Rußland

⊙ **London, 24. November.** (Eig. Drahtbericht.) Die englische Regierung hat an die verbündeten Kabinette eine Denkschrift gerichtet, die die Haltung der englischen Regierung gegenüber Sowjetrußland begründet und die Kabinette ersucht, ihren Standpunkt in der Frage der Beziehungen zu Sowjetrußland der englischen Regierung mitzuteilen. Die Denkschrift kann als Ausgangspunkt einer Londoner Konferenz angesehen werden, auf der sämtliche Staaten mit Sowjetrußland an einem Tisch sitzen werden.

× **Amsterdam, 24. November.** Im englischen Unterhause sagte Lloyd George, das geplante Handelsabkommen mit Rußland werde vor der Unterzeichnung dem Hause mitgeteilt werden. Das Haus werde Gelegenheit haben, das Abkommen zu erörtern. — Die „Times" melden aus Washington, daß das amerikanische Staatsdepartement eine Abschrift des englisch-russischen Handelsabkommen-Entwurfes erhalten hat. In den Kreisen des Staatsdepartements sei man der Ansicht, daß England durch Unterzeichnung dieses Abkommens die russische Räteregierung als de-facto-Regierung anerkennen würde.

Waffenstillstand vor Wilna?

* **Kopenhagen, 24. November.** Nach Telegrammen aus Kowno ist zwischen Polen und Litauen ein zeitweiliger Waffenstillstand zustande gekommen. Sowohl Litauen wie Zeligowski stellen bis auf weiteres die gegenseitigen Vorstöße ein.

× **Genf, 24. November.** Der Völkerbundsrat hat beschlossen, die skandinavischen Staaten einzuladen, sich an der polizeilichen Ueberwachung des Abstimmungsgebietes von Wilna zu beteiligen. Jeder dieser Staaten wird gebeten, nach Wilna eine Abteilung von 100 Mann zu schicken.

Die Truppen Wrangels

In Beantwortung einer Anfrage der alliierten Regierungen erklärte die griechische Regierung, daß sie gern einen Teil der Truppen Wrangels in Athen aufnehmen werde.

Die Verhandlungen in Riga

□ **Riga, 24. November.** (Eig. Drahtbericht.) Wie der Vertreter des „Ost Service" erfährt, haben sich die Russen nach dem Erhalt neuerlicher Instruktionen bereit erklärt, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Die Kämpfe im Kaukasus

× **Konstantinopel, 24. November.** (Havas.) Aus Angora wird bestätigt, daß die Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Armenien wieder aufgenommen wurden. Nach einer Nachricht aus armenischer Quelle sollen die armenischen Truppen Alexandropol wieder genommen haben. General Kiazim-Karabekir ziehe sich in Richtung nach Kars zurück.

Die neue Wiener Regierung

Im neuen österreichischen Nationalrate entwickelte am Dienstag Bundeskanzler Dr. Mayr das Programm der neuen Regierung, worin er die wirtschaftliche Arbeit zur Lösung der Ernährungsfrage und der Geldentwertung als Hauptaufgabe hinstellte. Ferner forderte er eine sachgemäße Schulreform, ein neues Strafgesetzbuch und möglichste Angliederung der österreichischen Strafgesetzgebung an die des Deutschen Reiches. Oesterreich wolle gute und vertrauensvolle Beziehungen zu allen Staaten, besonders aber zum Deutschen Reiche, mit dem über alle Grenzen hinweg die engsten Bande des Blutes und eine jahrhunderte alte Kulturgemeinschaft verbänden. Die loyale Innehaltung des Friedensvertrages von St.-Germain innerhalb des Möglichen sei selbstverständlich. Seine Rechte besonders hinsichtlich Westungarns werde Oesterreich jederzeit geltend machen. Es werde stets auf die Wahrung seiner politischen Freiheit und Unabhängigkeit bedacht sein.

In der Aussprache über die Regierungserklärung erhob Abg. Dr. Bauer Einspruch gegen die Ernennung des Grafen Mendorff zum Vertreter Oesterreichs beim Völkerbunde, wobei er darauf hinwies, daß der Botschafter Fürst Lichnowsky in seinem Buche über die Tage des Kriegsausbruches usw. eine Szene schilderte, die sich in der Viktoriastation in London zugetragen habe, als er am 5. August 1914 nach der Kriegserklärung aus London abreiste. Graf Mendorff hätte sich mit seinem Stabe eingefunden, sei vergnügt gewesen und habe Lichnowsky zu verstehen gegeben, daß er in England bleibe. Den Engländern sagte Graf Mendorff, Oesterreich habe den Krieg nicht gewollt, sondern das Deutsche Reich. (Lebhafte Entrüstung auf den Bänken der Sozialdemokraten und Großdeutschen. Zuruf: Wenn das wahr ist, so ist er ein Schuft!) Von diesem Vorwurf sei Mendorff noch nicht gereinigt. Solange das nicht der Fall sei, sei er als Vertreter Oesterreichs ganz und gar ungeeignet. Wenn der Bundeskanzler ihn trotzdem für geeignet befunden habe, ihn nach Genf zu entsenden, so scheine ihm dies über die neue Regierung mehr Aufschluß zu geben als das ganze eben vorgelegte Programm. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Ministerreise nach Prag

Zur Reise des Wirtschaftsministers Schwarz nach der Tschecho-Slowakei hat, wie wir erfahren, der Dresdner Bürgerrat an das Gesamtministerium das nachstehende Schreiben gerichtet: Zeitungsnachrichten zufolge befindet sich der Herr Wirtschaftsminister Schwarz zur Zeit in der Tschecho-Slowakei, um Verhandlungen wirtschaftlicher Art zu pflegen. Diese Reise trifft in eine Zeit, wo alle Deutschen empört sind über die Vergewaltigung unserer in der Tschecho-Slowakei auf Grund des Versailler Vertrages gebliebenen deutschen Brüder. Da diese wirtschaftlichen Verhandlungen nicht nur im Interesse Sachsens, sondern ganz besonders auch in dem der Tschecho-Slowakei liegen, ist es nationale Pflicht der sächsischen Staatsregierung, daß sie den Herrn Minister Schwarz beauftragt, bei diesen Verhandlungen auf eine menschenwürdige Behandlung der Deutschen mit aller Energie hinzuwirken. Hier bietet sich die Gelegenheit, den Deutschen der Tschecho-Slowakei in ihrem Kampf um ihre nationalen und völkischen Rechte von seiten einer deutschen Regierung hilfreiche Hand zu bieten.

Von der Prager deutschen Universität

Die von dem Ausschuß der vertriebenen Prager Studenten in Reichenberg einberufene Massenvolksversammlung sprach sich einmütig für die Verlegung der Prager deutschen Hochschulen in die deutschen Heimatgaue aus. Die Versammlung schloß sich dem Entschluß der Hochschüler einhellig an, beide Prager Hochschulen in das deutsche Gebiet zu verlegen und als Provisorium sofort Parallel-Vorlesungen der Fakultäten beider Hochschulen nach Maßgabe der vorhandenen Räume in Reichenberg zu eröffnen. Die Reichenberger Bevölkerung ist entschlossen, diese Forderung ihrer Hochschuljugend mit allen Opfern, im Notfalle mit den äußersten Mitteln, durchzusetzen.

Der Völkerbund

Beim Völkerbundssekretariat in Genf ist eine Reihe montenegrinischer Dokumente eingegangen, in denen gegen die serbischen Angriffe Einspruch erhoben und der Völkerbund ersucht wird, eine internationale Untersuchungskommission nach Montenegro zu entsenden. Das betreffende Schriftstück ist gezeichnet von Plamenatz, Ministerpräsident und Minister des Aeußeren von Montenegro.

Das ukrainische Nationalkomitee in Amerika fordert in einer Zuschrift an den Völkerbund sein Eingreifen, um die barbarischen polnischen Truppen zum Verlassen der Gebiete des ukrainischen Ostgaliziens, Cholms und Wolhyniens zu veranlassen. Außerdem sollen die Rumänen zur Räumung des ukrainischen Gebietes der Bukowina veranlaßt werden. Schließlich wird noch die Anerkennung der ukrainischen Republik gefordert.

Die deutsche Denkschrift über die Kolonien ist vom Völkerbundssekretariat verteilt worden. Der australische Delegierte Millen forderte eine Aussprache über die deutsche Note, die in der nächsten Völkerbundsversammlung erfolgen wird, falls ein dahingehender Antrag Millen von der Versammlung angenommen werden sollte.

In der Dienstagssitzung der Völkerbundsversammlung wünschte der Engländer Barnes Auskunft, warum der Völkerbundsrat nichts über die Gründe mitteile, weshalb er im polnisch-russischen Konflikt nicht interveniert habe. Er forderte, daß der Völkerbundsrat Schritte unternehme, um die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Polen und Rußland zu verhindern. Dieser Antrag soll, wie beschlossen wurde, in der nächsten Sitzung erörtert werden, nachdem der Völkerbundsrat dazu Stellung genommen haben wird.

In der Sitzung der Abrüstungskommission erklärte Leon Bourgeois, daß vor Durchführung der Abrüstung die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt und ferner vier Voraussetzungen erfüllt sein müßten, 1. vollständige Ausführung des Friedensvertrages, 2. Organisation einer ständigen obligatorischen Kontrolle über alle Rüstungen, 3. Vorlage eines Berichtes der besonderen militärischen Kommission, 4. Austausch aller die militärischen Rüstungen betreffenden Angaben durch alle Mächte.

Die Besatzungsarmee

☞ **Berlin, 24. November.** (Eig. Drahtbericht.) **Die Besatzungsarmee im Rheinland wird am 1. Dezember um weitere zwei französische Bataillone vermehrt.**

+ **Koblenz, 24. November** (Eig. Drahtbericht.) **Im Jahresberichte des amerikanischen Generalstabschefs heißt es, daß die Kosten der amerikanischen Besatzung in Deutschland sich auf 257 Millionen Dollar belaufen, wovon Deutschland bisher nur 32½ Millionen bezahlt habe.**

Ein neuer Raub der Entente?

Wie wir erfahren, droht unsrer Luftfahrt von der Entente eine neue Gefahr. Im Hamburger Hafen liegen zur Zeit elf neue Junkers-Metallflugzeuge zur Verschickung bereit, die für Amerika bestellt worden sind. Die interalliierte Luftüberwachungskommission hat nun gegen die Ausfuhr dieser Flugzeuge Einspruch erhoben, so daß ihre Verschickung noch nicht erfolgt ist. Die Verhandlungen darüber sind noch im Gange.

Die Milchkühe-Forderung

Ueber den Stand der Frage der Milchkühe erfahren wir, daß am heutigen Mittwoch in Paris die entscheidenden Besprechungen stattfinden, die wohl zu einem Beschluß führen dürften. Bisher ist über eine entgegenkommende Haltung der Entente in dieser Frage bei den Berliner Stellen nichts bekannt. Meldungen Berliner Blätter über ein solches Entgegenkommen sind zum mindesten stark verfrüht, wenn nicht unwahrscheinlich.

Der Zwischenfall in Hamburg

+ **Hamburg, 24. November.** Der Zwischenfall, der sich am 22. Oktober in einer Hamburger Diele abspielte und mit einer Schlägerei zwischen Deutschen und Franzosen endete, wobei auch ein französischer Attaché Schläge erhielt, fand jetzt ein Nachspiel vor dem Schöffengericht. Auch Verbei konnte der Vorfall nicht ganz aufgeklärt werden. Drei der deutschen Gäste gaben zu, daß sie, gereizt durch das Benehmen der Franzosen, diese, als sie aus der Diele kamen, geschlagen haben. Von den Angeklagten wurden drei wegen leichter Körperverletzung zu 400, 300 und 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein eingestelltes Verfahren

* **Berlin, 24. November.** General Nollet von der französischen Militärmission in Berlin hatte Strafantrag gegen den Gutsbesitzer und Major a. D. v. Paczensky gestellt. Dieser hatte in Berlin einem französischen Kraftwagenführer das Wort cochon zugerufen. Der Angeklagte behauptete, in hoher Erregung gehandelt zu haben, da er von dem französischen Kraftwagenführer umgefahren und schon wiederholt durch das schnelle Fahren der Ententeautos in Berlin geärgert worden sei. Die Verhandlung nahm einen überraschenden Ausgang, als sich ergab, daß General Nollet den Strafantrag französisch eingereicht hatte. Das Gericht stellte das Verfahren ein, da der Strafantrag nach dem Gesetz in der Gerichtssprache, nämlich Deutsch, hätte gestellt werden müssen.

Ein Widerruf

S. **Genf, 24. November.** (Eigener Drahtbericht.) Der „Herald" meldet aus New-York: Hier ist nichts davon bekannt, daß eine Gruppe amerikanischer Bankiers Deutschland einen Millionenkredit gewähren wolle. Dieser sei vielmehr **so lange nicht möglich, als nicht der Kriegszustand zwischen Deutschland und Amerika aufgehoben ist.**

Eine englisch-holländische Kreditaktion?

Von unserm ☞-Mitarbeiter

Amsterdam, 23. November

Von einem leitenden holländischen Finanzier, der während der verflossenen Woche den in London stattgehabten Beratungen der Bankers Association beiwohnte, erhalte ich die nachstehenden Informationen:

„Infolge der ungünstigen Lage des englischen Exporthandels nach Mittel- und Osteuropa, sowie infolge der Ueberhäufung mit Rohstoffen für die Textil- und Lederindustrien ist in England eine Wendung in der Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschlands und der übrigen notleidenden, d. h. nicht kaufkräftigen Staaten eingetreten. Vertraten die englischen Handelsherren früher, Anfang des Jahres, den Standpunkt, daß sie bis auf weiteres auf die mitteleuropäischen Abnehmer verzichten könnten, da ihnen das überseeische Absatzgebiet Ersatz bieten werde, so gibt es heute nur mehr eine Stimme: die überseeischen Gebiete sind durch die amerikanische und japanische Konkurrenz äußerst schwer zu erobern und stehen vorläufig noch unter der Einwirkung der mit Verlust gepaarten Massenverkäufe Amerikas. Teilweise sind diese Gebiete mit Waren überfüllt.

Um die englische Industrie und den Handel wieder aufzurichten, muß in Mitteleuropa ein starkes Feld der Betätigung geschaffen werden.

Die Londoner Regierung befaßte sich während der letzten Wochen eingehend mit dieser Frage, und es steht fest, daß Lloyd George nach Genf reiste in voller Ueberzeugung, daß der englische Handel in Mitteleuropa unbedingt wiederaufgebaut werden muß. Die Londoner Beratungen fanden zwischen englischen Industriellen, Handelsvertretern und Bankleitern statt; es wurden maßgebende holländische Persönlichkeiten herangezogen; das geschah im Hinblick auf das in Brüssel angenommene Projekt Termeulen, dessen Grundgedanke mit den Wünschen der englischen Handelskreise übereinstimmt und deshalb die holländische Mitarbeit tunlich erscheinen läßt.

Die Konferenzen ergaben in der Hauptsache den Beschluß, eine entsprechend hohe Bankbürgschaft, gestützt durch das Schatzamt, zu sichern, damit

mitteleuropäischen Betrieben im großen und im kleinen Kredite eingeräumt

werden können. Es handelt sich um Veredelungskredite und Rohstofflieferungen, für die eine Garantie zu stellen ist. Außerdem empfiehlt es sich, den Abnehmern englischer Fertigwaren und sonstiger Erzeugnisse Zahlungserleichterungen einzuräumen, die jedoch nicht ausschließlich ein Zugeständnis des Verkäufers sind, sondern durch einen von der Regierung gesicherten Bankkredit an den Verkäufer ermöglicht werden sollen. Der Verkäufer erhält also Vorschüsse von seiner Bank, die ihrerseits durch Regierungskredite gedeckt ist.

Man hofft, dadurch die Industrie in Deutschland wieder ins Geschäft zu bringen, selbstverständlich in der Weise, daß der englische Kaufmann den Zwischenhändler macht.

Seit der amerikanischen Konkurrenz in den Ueberseegebieten hat der englische Kaufmann erkannt, daß er nur mit deutschen Waren (made in Germany) durchdringen kann, insofern es sich um Erzeugnisse handelt, die vor dem Kriege aus Deutschland bezogen wurden. Man ist deshalb in England nicht abgeneigt, die während des Krieges aufgebaute Industrie, die als Konkurrentin der deutschen auftreten sollte, allmählich einzuschränken und den deutschen Produzenten wieder via England auf den Weltmarkt zu bringen.

Von holländischer Seite wird diese Neuorientierung in der britischen Handelspolitik sehr warm begrüßt.

Es stehen holländische Finanzkreise bereit, um die Londoner Kreditaktion zu unterstützen

und so zu gestalten, wie das Projekt Termeulen es erfordert. Die Persönlichkeit Termeulens ist übrigens in der Finanzwelt von solcher Bedeutung, daß das Zusammengehen der englischen und holländischen Kreditoren ungemein erleichtert wird.

Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz dürfte, nach Meinung des holländischen Gewährsmannes, wohl mehr Früchte tragen, als vorausgesehen wird. Die Londoner Besprechungen verschafften dem holländischen Finanzier nämlich einen tiefen Einblick in den Organismus der englischen Handelsbeziehungen; die einzige Richtlinie, die heute dem britischen Welthandel möglich ist, ist die mittel- und osteuropäische. Ein namhafter Londoner Bankleiter sprach gleichfalls diese Ueberzeugung aus und fand beinahe allgemeine Zustimmung. Holland ist in seinem eigenen Interesse bereit, in diesem Sinn mit England zusammen zu wirken. Je kräftiger die gemeinschaftliche Arbeit gefördert wird, desto gewisser werden sich die praktischen Erfolge einstellen. „Das Hinterland Hollands muß wieder kaufkräftig werden", ist die Meinung der maßgebenden Amsterdamer Kreise. In London zeigt man sich mit dieser Auffassung sehr zufrieden und wünscht, daß es endlich zu einem Schritt nach dieser Richtung kommen möge.

Von einer englisch-holländischen Aktion erwartet man mehr als von langwierigen internationalen Veranstaltungen, deren Apparat sich als viel zu kompliziert erwiesen hat."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201125/1